

"Geschichtsmesse: 20 Jahre friedliche Revolution und deutsche Einheit" in Suhl, 15.3.2008

**Prof. Dr. Hermann Wentker (Universität Leipzig, Institut für Zeitgeschichte München, Abteilung Berlin)**

**Von der friedlichen Revolution zur deutschen Einheit:**

**Der Zusammenhang innen- und außenpolitischen Faktoren im Prozess der Wiedervereinigung**

**Einleitung**

Am 10. November 1989, am Tag nach der spektakulären Öffnung der Mauer, telefonierten SED-Generalsekretär Egon Krenz und Bundeskanzler Helmut Kohl miteinander. Trotz der turbulenten Ereignisse, die die Deutschen aus Ost und West zusammengeführt hatten, wollte Krenz in diesem Gespräch Kohl darauf festlegen, "dass gegenwärtig die Wiedervereinigung Deutschlands nicht auf der Tagesordnung steht". Krenz hatte anscheinend gespürt, dass die Maueröffnung die Existenz der DDR in Frage stellte; genau deshalb war er so auf eine zustimmende Antwort seines westdeutschen Gesprächspartners bedacht - eine Antwort, die er freilich nicht erhielt.

Zeitsprung und Szenenwechsel.

Am 31. Mai 1990, im Kabinettsaal des Weißen Hauses in Washington, forderte Präsident George Bush, dass Deutschland selbst entscheiden dürfe, welchem Bündnis es sich anschließen wolle. Zum großen Erstaunen aller Anwesenden stimmte Michail Gorbatschow ausdrücklich zu. Er gab damit "grünes Licht für den schwierigsten Engpass auf dem Weg zur deutschen Einheit" (Andreas Rödder).

Bei beiden Szenen handelt es sich um Schlüsselereignisse auf dem Weg von der friedlichen Revolution zur Wiedervereinigung: Die erste bezieht sich auf die ost- und innerdeutsche Dimension, die zweite auf die internationale Dimension dieses Prozesses. Die innerdeutsche und die internationale Entwicklung mussten ineinandergreifen, damit die Wiedervereinigung so, wie sie sich 1990 ereignete, vollzogen werden konnte: im innerdeutschen Konsens und unter Wahrung des Friedens. Doch warum kam es überhaupt zur Wiedervereinigung? Was waren die entscheidenden Faktoren? Und welche wichtigen Etappen sind in dem Prozess der Jahre 1989/90 erkennbar?

Zur Beantwortung dieser Fragen werde ich meinen Vortrag in sechs Teile gliedern:

1. geht es um die bis 1990 offene deutsche Frage,
2. um die weltpolitischen Veränderungen der zweiten Hälfte der achtziger Jahre,
3. um die innere Situation in der DDR bis zum Mauerfall.
4. werde ich mich den deutsch-deutschen Geschehnissen vom Winter 1989/90 widmen,
5. erneut den Blick auf die internationale Konstellation richten, um
6. abschließend knapp die deutsch-deutschen Entwicklungen bis zum 3. Oktober 1990 zu skizzieren.

## **I. Die offene deutsche Frage**

Die deutsche Teilung war nicht die endgültige Antwort auf die deutsche Frage nach dem Zweiten Weltkrieg. Mit der Teilung war das Problem nur auf Eis gelegt worden. Wenn das Eis schmolz, musste es fast zwangsläufig wieder aktuell werden. Grundbedingung der Teilung war der Ost-West-Konflikt, der den europäischen Kontinent spaltete. Stabilisiert durch das "Gleichgewicht des Schreckens", beruhte er auf der Vormachtstellung der Vereinigten Staaten im Westen und der der Sowjetunion im Osten Europas. Die innere und äußere Westintegration der Bundesrepublik sowie ein breiter Konsens über die Demokratie und die wohlstandssichernde soziale Marktwirtschaft hielten diese in der westlichen Hemisphäre. Die sozialistische Diktatur und die Planwirtschaft konnten einen ähnlichen Konsens in der DDR nicht erzeugen; eine "innere Ostbindung" gab es nicht. Die DDR-Führung hoffte stattdessen, sich anders zu legitimieren, sei es durch einen "Antifaschismus" in den Farben der DDR, sei es durch sozialpolitische Maßnahmen im Rahmen der "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik". Beides reichte jedoch nicht aus, so dass sich die SED letztlich auf zwei Momente zurückgeworfen sah, die mehr die eigene Schwäche als die eigene Stärke demonstrierten: die Mauer und die sowjetische Garantie der inneren Ordnung des eigenen Staates - die "Breschnew-Doktrin".

Nach 1961 gewöhnten sich die Deutschen mehr und mehr an die Teilung. Mit dem Bau der Berliner Mauer wurden die Realitäten auf brutale und zugleich unübersehbare Weise zementiert; im Zuge der Entspannungspolitik wurde dem von westlicher Seite aus Rechnung getragen und die DDR anerkannt. Die Bundesregierungen hielten zwar an der deutschen Einheit als Staatsziel fest; praktisch kam es Bonn darauf an, die Teilung durch eine "Politik der kleinen Schritte" erträglich zu machen. Trotz ihres Lebens mit der Teilung verloren die Menschen jedoch den jeweils anderen Teil Deutschlands nicht aus den Augen. Dabei war die Orientierung der DDR-Bürger nach Westen weitaus stärker als umgekehrt. Persönliche Kontakte und die Medien führten diesen stets vor Augen, wie ihre Landsleute im Westen lebten: in politischer Freiheit und wirtschaftlichem Wohlstand. Die Bundesrepublik war für viele von ihnen zwar ein un-erreichbares Land, zugleich aber ein wichtiger Orientierungspunkt. Ohne sich für die Wiedervereinigung auszusprechen, maßten sie die "Errungenschaften der DDR" doch stets an den Verhältnissen in Westdeutschland.

## **II. Der Wind des Wandels**

Veränderungen im Ostblock bahnten sich seit Anfang der achtziger Jahre an - freilich nicht in der DDR, sondern mit dem sogenannten Reformkommunismus in Ungarn und der Solidarność in Polen. 1985 erfassten die "winds of change" auch die Sowjetunion, in der Michail Gorbatschow die Periode von "Glasnost" und "Perestroika" einleitete. Reformen erschienen dem neuen Generalsekretär notwendig, um langfristig die sowjetische Stellung als Supermacht zu erhalten. Begleitet wurde die vorsichtige Öffnung nach innen von Entspannungspolitik nach außen: Der INF-Vertrag Ende 1987 war ein sichtbares Zeichen des sowjetischen Abrüstungswillens. Der Ost-West-Gegensatz als eine der Voraussetzungen der deutschen Teilung schien sich abzuschwächen.

Aber auch das Verhältnis der Sowjetunion zu den Ostblockstaaten wurde 1988 zumindest verbal auf eine neue Grundlage gestellt: Die sowjetische Führung verkündete an Stelle der Breschnew-Doktrin das Prinzip der "Wahlfreiheit" - etwas flapsig auch als "Frank-Sinatra-Doktrin" bezeichnet ("I did it my way"). Obwohl sich Gorbatschow für das osteuropäische Vorfeld der Sowjetunion nur wenig interessierte, glaubten er und die anderen Mitglieder der sowjetischen Führung, das sozialistische System habe in Osteuropa so tiefe Wurzeln geschlagen, dass letztlich keiner der Staaten beabsichtige,

den Warschauer Pakt zu verlassen. Daher glaubte Gorbatschow auch, die Idee des "Hauses Europa" mit unterschiedlichen Wohnungen verkünden zu können.

George Bush, amerikanischer Präsident seit Januar 1989, strebte indes die Überwindung des Status quo zugunsten eines "ungeteilten und freien Europa" und dessen "Einheit auf der Grundlage der westlichen Werte" an. Bush wollte offensichtlich' das Freiheitsstreben der Ostmitteleuropäer nutzen, um die Sowjetunion ohne Krieg aus ihrer damaligen Einflussosphäre zu verdrängen.

### **III. Die DDR: Reformunfähigkeit und wachsender Widerstand**

Die DDR schien zu Beginn des Jahres 1989 im Vergleich zu Ungarn und Polen zu den stabileren Staaten des Ostblocks zu zählen. Gewiss: Oppositionelle Gruppierungen, entstanden unter dem Dach der evangelischen Kirche, meldeten sich seit der Jahreswende 1987/88 verstärkt zu Wort. Genannt seien die Mahnwachen nach der Erstürmung der Berliner Umweltbibliothek durch die Stasi Ende November 1987 und die Zwischenfälle bei der „Luxemburg-Liebknecht-Demonstration“ vom Januar 1988 mit ihren Konsequenzen. Doch die Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen waren ein absolutes Minderheitenphänomen - bisherige Schätzungen gehen von 4000 bis 6000 Beteiligten aus.

1989 gaben zunächst die Kommunalwahlen vom 7. Mai der Opposition Auftrieb. Die landesweite Beobachtung der Wahlen, die Aufdeckung systematischer Wahlfälschungen und anschließende Proteste gegen den Wahlbetrug erregten allgemeines Aufsehen. Als entscheidender *Auslöser* für die Massenproteste in Leipzig und anderen Städten erwies sich indes die Öffnung der Grenze zwischen Ungarn und Österreich. Nach dem Abbau der Grenzanlagen Anfang Mai begaben sich zahlreiche DDR-Bürger durch dieses Schlupfloch im "Eisernen Vorhang" in die Bundesrepublik. Es waren indes erst die Massenabwanderungen seit dem 11. September - dem Tag der offiziellen "Öffnung" der Grenze durch Ungarn -, die zu einer seit dem 17. Juni 1953 in der DDR unbekanntem, massenhaften Protest- und Demonstrationsbereitschaft führten.

Anders als in Ungarn und in Polen blieb die DDR-Führung gegenüber den Veränderungswünschen im eigenen Land intransigent. Wer dies allein auf die Realitätsferne und Starrköpfigkeit der alten Männer im Politbüro zurückführt, übersieht,

dass wirkliche Reformen für die DDR letztlich immer mit der Existenzfrage verbunden waren. Otto Reinhold, Rektor der Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK, brachte dies am 19. August 1989 auf den Punkt. Im Unterschied zu den anderen sozialistischen Staaten, deren Staatlichkeit "nicht in erster Linie von der gesellschaftlichen Ordnung" abhängt, sei "die sozialistische Identität" für die DDR die "Kernfrage". Die DDR, so Reinhold damals, "ist nur als antifaschistischer, als sozialistischer Staat, als sozialistische Alternative zur BRD denkbar. Welche Existenzberechtigung sollte eine kapitalistische DDR neben einer kapitalistischen Bundesrepublik haben? Natürlich keine. Nur wenn wir diese Tatsache immer vor Augen haben, wird klar erkennbar, wie wichtig für uns eine Gesellschaftsstrategie ist, die kompromisslos auf die Festigung der sozialistischen Ordnung gerichtet ist." Anders gewendet: Sobald in der DDR eine ernsthafte Demokratisierung der Verhältnisse durchgesetzt wurde, stellte sich angesichts der demokratisch verfassten, von einem breiten inneren Konsens getragenen Bundesrepublik die Frage nach der deutschen Einheit.

Die überregionalen Oppositionsgruppen, die sich im Herbst 1989 in der DDR formierten - unter anderem das Neue Forum, Demokratie Jetzt, die Sozialdemokratische Partei und der Demokratische Aufbruch - verfügten kaum über langfristige gesellschaftspolitische Konzepte. Sie waren auch nicht darauf aus, ein politisches Programm zur Umgestaltung von Staat und Gesellschaft durchzusetzen, sondern artikulierten ein eher emotional bedingtes Unbehagen etwa an der zunehmenden Umweltverschmutzung, an der nuklearen Aufrüstung und an der Verletzung der Menschenrechte. Außerdem ging es ihnen im Herbst 1989 gar nicht um die ferne Zukunft, sondern verständlicherweise um das Geschehen auf der Straße: Sie wollten mobilisierend, aber nicht polarisierend wirken. Schließlich muss gerade für die Frühphase der Oppositionsformierung bedacht werden, dass man SED und MfS nicht provozieren wollte. Aus all dem ergab sich, dass die oppositionellen Zusammenschlüsse in ihren Zukunftsvorstellungen eher vage blieben. Als gemeinsamen Nenner formulierten Vertreter der verschiedenen Gruppen in einer "Gemeinsamen Erklärung" am 4. Oktober 1989: "Uns verbindet der Wille, Staat und Gesellschaft demokratisch umzugestalten." Dazu gehörten vor allem die Forderungen nach freien, geheimen Wahlen, nach Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sowie nach Kontrolle des Polizei- und Sicherheitsapparates. Erst nach dem Rücktritt von Erich Honecker am 18. Oktober wurden die Gruppen konkreter in ihrer Forderung nach einer strikten Trennung von Staat und Partei bzw. der Beendigung des SED-Machtmonopols. Deutlich wurde

jedoch nicht nur ihre Abgrenzung gegenüber der SED-Diktatur; sie verstanden sich ebenfalls als "Alternative zur westlichen Konsumgesellschaft". Dazu musste die DDR als unabhängiger Staat erhalten bleiben: Denn der oft beschworene "Dritte Weg" konnte gemeinsam mit der kapitalistischen Bundesrepublik nicht beschränkt werden.

Die ersten Demonstrationen in Leipzig im September 1989 galten jedoch einer anderen Forderung: der Reisefreiheit. Indem sich die Ausreisewilligen zusammenfanden und für das Recht auf Freizügigkeit auf die Straße gingen, ermutigten sie aber auch jene, die bleiben wollten, ihrem Protest öffentlich Ausdruck zu verleihen. Lauteten am 4. September die Sprechchöre noch: "Wir wollen raus!", so betonten die Demonstranten eine Woche später - nach Öffnung der ungarischen Grenze: "Wir bleiben hier!" Der Ruf nach politischen Veränderungen *innerhalb* der DDR wurde immer lauter; jetzt erhielten auch die Gruppierungen der Bürgerbewegung regen Zulauf. Von der Massenbewegung waren sie freilich ebenso überrascht wie das SED-Regime. Sie organisierten nicht das Geschehen, sondern wurden von den Massen auf den Straßen an die Spitze des Protestes geschoben. Gleichwohl waren sie in dieser Phase der Revolution - von September bis Anfang November - die unbestrittenen Meinungsführer des öffentlichen Protests. Den Erfolg brachten freilich die Demonstranten, die allein durch ihre schiere Anzahl verhinderten, dass es bei der Großdemonstration vom 9. Oktober in Leipzig (70.000 Menschen nahmen daran teil) zu einem Blutbad kam. Die Erosion der Staatsmacht, für die der Putsch im Politbüro am 17. und die Absetzung Honeckers am 18. Oktober sichtbare Zeichen waren, ließ die Massen weiter anschwellen. Der Führungsanspruch der SED wurde immer vehementer in Frage gestellt. Rufe, die den Fall der Mauer und die Wiedervereinigung forderten, erklangen freilich erst ganz vereinzelt.

Da sich die DDR-Führung als unfähig erwies, die Krise zu meistern, waren letztlich die Oppositionsbewegungen gefordert. Denn nun wurde mit einem Mal die Forderung laut: "Neues Forum an die Macht." Wie aber sollten die die Macht übernehmen, die damit nichts zu tun haben wollten? Die Oppositionsgruppen hatten sich offenbar zu Tode gesiegt. Bereits jetzt bekam das Bündnis zwischen den Demonstranten und den oppositionellen Zusammenschlüssen Risse. Die wurden jedoch noch kaum registriert, da in den ersten Novembertagen noch aller Augen auf die Machtzentrale in Ost-Berlin gerichtet waren, wo nach Rücktritt der Partei- und Staatsspitze am 8. November ein vom ZK der SED neugewähltes Politbüro installiert wurde.

Die SED-Führung befand sich in einer Zwangslage, hervorgerufen von drei Faktoren:

1. von Massenprotesten auf den Straßen, die auf Demokratisierung drängten,
2. von enormen wirtschaftlich-finanziellen Problemen: Die DDR stand kurz vor dem Kollaps, so dass eigentlich eine drastische Senkung des Lebensstandards nötig gewesen wäre; und
3. von außenpolitischem Druck seitens der Tschechoslowakei, über die die Ausreisewelle weiter lief, nachdem die DDR die Grenzen nach Ungarn und Polen dicht gemacht hatte.

Mit einer großzügigen, aber kontrollierbaren Ausreiseregulation wollte die Führung die Lösung aller drei Probleme angehen: Der innere Druck sollte reduziert, die Tschechoslowakei entlastet und die Grenze zwar durchlässiger, die Mauer aber als Faustpfand erhalten werden. Ziel dabei war, sich weitere Liberalisierungsschritte vom Westen teuer bezahlen zu lassen. Eine entsprechende Übergangsregelung für ein Reisegesetz wurde ausgearbeitet, das die Ausreise an den Besitz eines Reisepasses - den die wenigsten besaßen - und die Erteilung eines Visums koppelte, das erst beantragt werden musste. Das ZK der SED stimmte am 9. November der neuen Regelung zu, ohne die Tragweite des Beschlusses zu erkennen. Der eigentliche Fehler war, dass Egon Krenz nicht, wie geplant, mit der Bekanntgabe bis zum nächsten Tag warten wollte, sondern Günter Schabowski, der an der Sitzung nicht teilgenommen hatte, mit der Bekanntgabe in der abendlichen Pressekonferenz beauftragte. Aus den etwas konfusen Äußerungen Schabowskis entnahmen die Pressevertreter auf Nachfrage vor allem eines: Die DDR öffnet die Grenzen, und zwar ab sofort. Die Nachrichtenagenturen und die "Tagesschau" verbreiteten die Meldung unverzüglich. Das löste in Ost-Berlin einen regelrechten Sturm auf die Grenzübergangsstellen aus; die Grenzpolizisten wandten sich verzweifelt an ihre Vorgesetzten. Die konnten aber auch keine verbindlichen Anweisungen geben, da die zuständigen Minister in der ZK-Sitzung saßen und unerreichbar waren. Die Massen ließen sich nicht lange hinhalten, zumal sie sich auf die Schabowski-Äußerung berufen konnten, die Übergangsregelung trete "ab sofort, unverzüglich" in Kraft. Die Grenze wurde geöffnet, in der Nacht feierten die Berliner Wiedersehen, und die Menschen tanzten auf der Mauer vor dem Brandenburger Tor.

Mit dem Mauerfall wurde das Tor zur deutschen Einheit aufgestoßen. Denn die für

die Aufrechterhaltung der Teilung notwendigen Bedingungen waren auf einmal nicht mehr gegeben: die Mauer und die sowjetische Interventionsbereitschaft im Falle gravierender innenpolitischer Veränderungen. Zwar kam der Mauerfall für die sowjetische Seite ebenso überraschend wie für alle anderen Beteiligten und löste dort zunächst heftigen Unmut aus. Am Nachmittag des 11. November war jedoch klar, dass die sowjetischen Truppen - anders als am 17. Juni. 1953 - nicht in Marsch gesetzt würden. Nachdem Gorbatschow Helmut Kohl in einem Telefonat an diesem Nachmittag mitgeteilt hatte, dass er vor allem an Stabilität interessiert sei, war der Kanzler sehr erleichtert: Denn nun war er sich endgültig darüber im Klaren, dass Moskau eine chinesische Lösung nicht anstrebte.

#### **IV. Meinungsbildung in Bonn: Vom Zehn-Punkte-Programm zu Kohls Schlüsselerlebnis vom 19. Dezember 1989**

Das Tor war zwar geöffnet, die nationale und die internationale Situation war jedoch noch zu verworren für eine Festlegung auf die deutsche Einheit seitens der Bundesregierung. Zur Klärung trugen vor allem die Veränderungen in der DDR bei. 11 Millionen Menschen besuchten in den zehn Tagen nach der Maueröffnung West-Berlin und die Bundesrepublik, sahen nun vor Ort, wie ihre Landsleute lebten, und stellten sich zu Recht die Frage, warum sie in dieser Situation, in der die Übersiedlung in den Westen kein Problem mehr darstellte, anders leben sollten. Die meisten Deutschen aus der DDR wollten freilich ihre Heimat nicht aufgeben. Bei den folgenden Demonstrationen wuchs daher die Zahl der Einheitsbefürworter spürbar an. Die Parole "Wir sind das Volk" mutierte zu: "Wir sind ein Volk." Gegenforderungen, die die Wiedervereinigung ablehnten, gingen zum einen auf die Bürgerbewegungen zurück, die Veränderungen in der DDR wollten und mit der Wiedervereinigung, ihre Vision eines "Dritten Weges" gefährdet sahen. Zum anderen reihten sich hier SED-Anhänger ein, die zu partiellen Reformen bereit waren, aber möglichst viel vom alten System retten wollten.

In der sich klärenden, aber insgesamt noch nicht eindeutigen Situation verkündete Bundeskanzler Kohl am 28. November das sogenannte "Zehn-Punkte-Programm". Darin schlug er vor, "konföderative Strukturen zwischen beiden Staaten in Deutschland zu entwickeln mit dem Ziel, eine Föderation, das heißt eine bundesstaatliche Ordnung zu schaffen". Er bekannte sich zur Wiedervereinigung, fügte aber relativierend hinzu: "Wie ein wiedervereinigtes Deutschland schließlich aussehen wird, das weiß heute niemand. Dass aber die Einheit kommen wird, wenn die Menschen in Deutschland sie wollen,

dessen bin ich sicher." Damit übernahm Kohl die Meinungsführerschaft in der Deutschlandpolitik. Positive Reaktionen kamen, wie Umfragen zeigen, insbesondere aus den Reihen der Aktivisten auf den Straßen in der DDR. Die ostdeutsche Revolution trat nun in ihre "nationale Phase", in der diejenigen, die die deutsche Einheit auf möglichst raschem Wege forderten, die Mehrheit erhielten und die Bürgerbewegungen die Meinungsführerschaft verloren.

Für die nachfolgende Entwicklung wurde neben dem immer stärker werdenden Ruf nach Wiedervereinigung bei den Demonstrationen zweierlei entscheidend: die Unfähigkeit der DDR-Führung unter Ministerpräsident Hans Modrow, die Lage innen- und deutschlandpolitisch in den Griff zu bekommen, und die Entscheidung von Bundeskanzler Kohl, das Machtvakuum in der DDR zu nutzen und den Vereinigungsprozess zu beschleunigen. Diese Entscheidung lässt sich auf den 19. Dezember 1989 datieren. Damals traf Kohl in Dresden mit Modrow zusammen, um über dessen Idee einer deutsch-deutschen "Vertragsgemeinschaft" und das "Zehn-Punkte-Programm" zu beraten. Vor den abendlichen Gesprächen der beiden Regierungschefs bereiteten zehntausende Menschen aus Sachsen dem Bundeskanzler einen überwältigenden Empfang. Kohl erkannte dabei instinktiv, dass die Wiedervereinigung nicht ein mittelfristiges Projekt war, das innerhalb der nächsten zehn Jahre erreicht werden konnte, sondern dass die Stimmung ein sehr viel schnelleres Handeln ermöglichte und erforderte. Er setzte daher nicht mehr auf Verhandlungen mit der amtierenden DDR-Regierung, sondern wartete ab, bis nach vorgezogenen Wahlen eine neue Regierung in Ost-Berlin als Verhandlungspartner auftreten konnte.

## **V. Die Mächte und die deutsche Einheit**

Doch lag die Entscheidung über die deutsche Frage auch Ende 1989 nicht allein bei den Deutschen. Dass die Sowjetunion grundsätzlich die DDR erhalten wollte, war aus ihrer Sicht nur konsequent. Den Zehn Punkten Kohls erteilte Gorbatschow gegenüber Außenminister Genscher Anfang Dezember 1989 eine veritable Abfuhr: Kohls Äußerungen beschleunigten den Prozess künstlich und gefährdeten die Stabilität; die

DDR müsse dauerhaft eigenständig und Mitglied des Warschauer Paktes bleiben. Doch auch die westlichen Verbündeten Bonns unterstützten Kohls Anliegen nicht. Margaret Thatcher stellte sich genauso dagegen wie Francois Mitterrand, der vom 20. bis zum 22. Dezember demonstrativ der DDR-Regierung einen Besuch abstattete. Die US-Regierung reagierte auf das "Zehn-Punkte-Programm" am 29. November mit der Verkündung eigener "Vier Prinzipien": die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts, die Wiedervereinigung müsse ein allmählicher und schrittweiser Prozess sein, die Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa und, am wichtigsten, die fortgesetzte Zugehörigkeit Deutschlands zu EG und NATO. Einig waren sich die Alliierten vor allem darin, dass die prekäre innenpolitische Position Gorbatschows nicht noch weiter gefährdet werden durfte.

Doch im Januar und Februar 1990 zeichnete sich ein Ende der Blockade durch die vier Mächte ab. Auf der einen Seite bewegte sich - noch unbemerkt von der Weltöffentlichkeit - die Sowjetunion: Am 25. Januar kam ein "ad-hoc-Komitee" von sowjetischen Entscheidungsträgern unter Führung von Gorbatschow zu dem Schluss, dass die deutsche Wiedervereinigung nicht mehr aufzuhalten sei. Bedingung dafür sollten indes die Neutralisierung und Entmilitarisierung Deutschlands sein. Auf der anderen Seite war die USA bestrebt, die äußere Entwicklung zu kanalisieren und dazu ein "Zwei-plus-Vier"-Gremium einzusetzen: Neben den beiden deutschen Staaten sollten die drei Westmächte und die Sowjetunion daran beteiligt sein. Nachdem im westlichen Lager Einigkeit darüber erzielt worden war, stimmte auch Gorbatschow am 9. Februar zu; Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher besiegelten die Übereinkunft tags darauf in Moskau.

Die Frage, die nun auf internationaler Ebene in den Mittelpunkt rückte, betraf die Bündniszugehörigkeit des vereinigten Deutschland. Innerhalb der Bundesregierung waren im Januar 1990 die Auffassungen geteilt: Sicherheitspolitiker der Union wie Gerhard Stoltenberg traten für die NATO-Zugehörigkeit ein, Hans-Dietrich Genscher wollte hingegen die faktische Neutralisierung des DDR-Gebiets zulassen. Kohl legte diesen Streit Mitte Februar zugunsten Genschers bei, was dem Konzept der US-Regierung widersprach. Diese nutzte indes den Besuch Kohls in Camp David am 24./25. Februar zu einem historischen Handel: Kohl sagte zu, die deutschen NATO-Verpflichtungen aufrechtzuerhalten, und die Regierung Bush versprach im Gegenzug, den Wiedervereinigungsprozess nach außen abzuschirmen.

De facto wurden die Entscheidungen auf internationaler Ebene von nun an im Dreieck Bonn-Washington-Moskau ausgehandelt. Dies verhinderte vor allem, dass sich Paris und London der Vereinigung in den Weg stellten. Doch beharrte die Sowjetunion zunächst noch auf der Neutralität Deutschlands. Erst am 31. Mai 1990 gestand Gorbatschow - wie eingangs skizziert - auch die NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland zu. Wie ist dieser Meinungsumschwung zu erklären? Zum einen kamen dem Westen die enormen wirtschaftlichen Probleme der Sowjetunion entgegen. Bereits am 8. Januar hatte Außenminister Eduard Schewardnadse in Bonn nach Lebensmittellieferungen gefragt. Eine weitere Anfrage der Sowjetunion wegen eines Finanzkredits folgte am 4. Mai. Kohl ließ daraufhin ein Kreditangebot über fünf Mrd. DM erarbeiten, das er Gorbatschow am 22. Mai unterbreitete. (Insgesamt hat die Bundesrepublik zwischen 1989 und 1991 Zahlungen in Höhe von 57,3 Mrd. DM an die Sowjetunion geleistet.) Zum anderen schnürte die US-Regierung ein sicherheitspolitisches Paket für die Sowjetunion: Ein 9-Punkte-Programm des amerikanischen Außenministers James Baker für die Sowjetunion beinhaltete u.a. Abrüstungsschritte, eine Weiterentwicklung der KSZE und vor allem einen Strategiewechsel der NATO. Erst vor diesem Hintergrund erfolgte die prinzipielle Zustimmung Moskaus zur NATO-Zugehörigkeit des vereinigten Deutschland. Nachdem Gorbatschow im Anschluss daran den 28. KPdSU-Parteitag Anfang Juli 1990 überstanden hatte, war er bereit, am 15. Juli in Moskau und im Kaukasusdorf Archys sich mit der Bundesregierung über die Details abzustimmen - u.a. über die Abzugsmodalitäten der sowjetischen Truppen aus Deutschland, über einen zu schließenden deutsch-sowjetischen Vertrag und über die Höchststärke der Bundeswehr (370.000). Anders als eine zählebige Legende besagt, war die grundsätzliche Entscheidung über die deutsche NATO-Zugehörigkeit indes bereits Ende Mai in Washington gefallen. Auf die bilateralen Vereinbarungen folgten Verhandlungen im "Zwei-plus-Vier"-Rahmen, die schließlich in den "Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland" vom 12. September 1990 mündeten. Damit wurden vor allem die Rechte der Siegermächte in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes aufgegeben: Das vereinte Deutschland erhielt damit "volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten".

## **VI. Der innere Einigungsprozess im ersten Halbjahr 1990**

Die internationalen Akteure waren letztlich auch durch den rasant voranschreitenden innerdeutschen Einigungsprozess zum Handeln gezwungen. Die Implosion der DDR um die Jahreswende - sichtbares Zeichen dafür war der Sturm auf die Stasi-Zentrale - setzte die Bundesregierung unter Handlungsdruck, verlieh aber gleichzeitig ihrer Vereinigungspolitik Legitimität. Am 1. Februar erklärte der Bundeskanzler, über die deutsche Einheit erst wieder mit einer demokratisch legitimierten DDR-Regierung zu verhandeln; weitere finanzielle Hilfen für die Regierung Modrow wurden abgelehnt. Am 6. Februar verkündete Kohl angesichts des ungebremsen Ausreisestroms des weiteren, "unverzüglich mit der DDR in Verhandlungen über eine Währungsunion mit Wirtschaftsreform einzutreten". Außerdem legte sich die Bundesregierung auf eine Vereinigung nach dem Beitrittsartikel 23 des Grundgesetzes fest. Hatte sie noch im Dezember gezögert, ging es ihr nun darum, die Wiedervereinigung so schnell wie möglich zu erreichen.

Der Wahlkampf zu den Volkskammerwahlen stand ganz im Zeichen der bevorstehenden Wiedervereinigung. Nachdem sich die SPD bereits im Dezember 1989 deutlich zugunsten der Ost-SPD eingemischt hatte, zog die Union Anfang Februar 1990 nach. Unter Schirmherrschaft Kohls wurde aus der DDR-CDU, dem Demokratischen Aufbruch und der Deutschen Sozialen Union die "Allianz für Deutschland" gebildet, die im Wahlkampf am entschiedensten für die Wiedervereinigung eintrat. Die Volkskammerwahlen vom 18. März, die der "Allianz für Deutschland" mit annähernd 50 Prozent einen fulminanten Wahlsieg bescherten, waren letztlich ein Plebiszit für eine schnelle Wiedervereinigung.

Die erste Etappe auf diesem Weg waren die am 27. April aufgenommenen Verhandlungen über eine Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, die mit der Unterzeichnung des entsprechenden Vertrages bereits am 18. Mai beendet wurden. Damit konnte die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik - und das hieß vor allem die Deutsche Mark - zum 1. Juli 1990 in der DDR eingeführt werden. Die rasche Umstellung der Löhne, Gehälter, Renten, Mieten und Pachten sowie von Guthaben von 2 000 bis 6000 Mark pro Person zum Kurs von 1 zu 1 stellte volkswirtschaftlich eine Überforderung dar. Die Bundesregierung glaubte indes, die Ostdeutschen nicht mit einem Umtauschkurs von 2 zu 1 - wie ihn der deutsche Zentralbankrat gefordert hatte - zufriedenstellen zu können. Auch die Verhandlungen über den Einheitsvertrag, die im Juli aufgenommen wurden, konnten sehr schnell, mit der Unterzeichnung des Vertrags am 31.

August beendet werden. Staatsrechtlich wurde die Vereinigung durch den Beschluss der Volkskammer vom 23. August 1990 über den Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes zum 3. Oktober ermöglicht.

## **Zusammenfassung und Schluss**

Als am 3. Oktober 1990 die Wiedervereinigung gefeiert wurde, war ein außerordentlich turbulentes Jahr zu Ende gegangen. Fragt man abschließend nach dem Gewicht, das im Prozess der Wiedervereinigung auf der einen Seite den innerdeutschen und auf der anderen den außenpolitischen Faktoren zugekommen war, lässt sich folgendes feststellen:

Erstens: Die grundlegende Veränderung der internationalen Konstellation Ende der achtziger Jahre, geprägt vom sowjetischen Machtverlust und dem sich abzeichnenden Sieg der USA im Ost-West-Konflikt eröffnete erst deutschlandpolitische Handlungsspielräume, die zur Wiederherstellung der deutschen Einheit genutzt werden konnten. Hinzu kam, zweitens, der Zusammenbruch der DDR, hervorgerufen durch den Entzug der sowjetischen Unterstützung bei gleichzeitiger massenhafter Auflehnung gegen das System. Dabei waren in der Tat die Massen die treibende Kraft. Die friedliche Revolution in Ostdeutschland, die seit November 1989 mehrheitlich die Vereinigung mit der Bundesrepublik anstrebte, hätte indes ohne die Unterstützung durch die genannten günstigen äußeren Umstände ihr Ziel nicht realisieren können.

Dies lenkt, drittens, den Blick auf die handelnden Persönlichkeiten: auf *Gorbatschow*, der zwar kein deutschlandpolitisches Konzept besaß, aber erkannte, daß er sich der Wiedervereinigung nicht in den Weg stellen konnte, auf *Bush*, der sein Ziel einer Änderung der europäischen Staatenordnung auf freiheitlicher Grundlage in Partnerschaft mit Deutschland und mit Augenmaß und Diplomatie erreichte, und schließlich auf *Kohl*, der es vermochte, das Einheitsverlangen der Ostdeutschen mit dem Wiedervereinigungswillen der Bundesregierung zu verbinden und sich im nationalen und internationalen Rahmen durchsetzen konnte.